



Nr. 17.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

93. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Im Oberamtsbezirk Calw für die empfangliche Seite 25 Pfg., außerhalb desselben 15 Pfg., Kleinanzeigen 10 und 25 Pfg. Beginn der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. Fernsprecher 9.

Montag, den 21. Januar 1918.

Bezugspreis: In der Stadt mit Frägerlohn 1.95 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- und Nachbarortverkehr 1.85, im Fernverkehr 1.95. Bestellschein in Württemberg 30 Pfg.

Grundsätzliche Verständigung mit den Ukrainern.

Der Stand der Verhandlungen mit den Russen und Ukrainern. — Die Haltung Rumäniens.

Am Freitag verhandelten unsere Unterhändler wieder mit den Russen über die Frage, in welcher Weise die Abstimmung über die staatliche Zukunft derjenigen besetzten Gebiete erfolgen solle, denen Rußland das Selbstbestimmungsrecht einräumt. Deutscherseits wurde mit Recht geltend gemacht, daß das von der russischen Abordnung hierfür beantragte Referendum (Vollstimmabstimmung auf breiterer Grundlage) nicht dem Entwicklungsstande der Bevölkerung dieser Gebiete entspreche, weil nämlich ein großer Teil der unteren Schichten der betreffenden Völker nicht schreiben und lesen kann, also doch kaum in der Lage sein dürfte ein richtiges Urteil darüber zu fällen, welches staatsrechtliche Verhältnis zu den beiden Parteien für das betreffende Land von Vorteil ist. Solche Analphabeten sind natürlich durch Bestechung und weitgehende Versprechungen jeglicher Beeinflussung zugänglich. Es wurde nun von deutscher Seite beantragt, die in den fraglichen Gebieten bestehenden Vertretungskörper durch Wahlen auf breiter Grundlage derart zu ergänzen und zu erweitern, daß sie tatsächlich als Vertretung der gesamten Bevölkerung angesehen werden könnten. Das ist also ein ganz wesentliches Entgegenkommen gegenüber der russischen Anschauung. Aber Trozky bestand im Namen der russischen Abordnung auf dem Antrag, daß nur eine allgemeine Volksabstimmung über die staatliche Zukunft dieser Länder entscheiden solle. Nachdem der deutsche Vertreter noch betont hatte, daß die Mittelmächte bestrebt seien, den breiten Schichten der Bevölkerung einen immer zunehmenden Einfluß auf die Politik einzuräumen, daß man aber auch für Aufrechterhaltung der Ordnung und Fernhaltung der Revolution von diesen ohnehin schon genug heimgeleschten Gegenden Sorge tragen müsse, wurde die Verhandlung über diese Frage vertagt. Auch die Auffassung der Mittelmächte, daß mit den Russen nur über die Gebiete verhandelt werden soll, in denen sie tatsächlich die Macht haben, also nur über die Grenzgestaltung von Brest-Litowsk aus nordwärts, während über die südlich von Brest-Litowsk liegenden Gebiete mit der Ukraine verhandelt würde, wurde von den Russen abgelehnt. Trozky vertrat den Standpunkt, daß der Prozeß der Selbstbestimmung der Ukraine noch nicht so weit gediehen sei, daß die Frage der Abgrenzung zwischen Rußland und der ukrainischen Republik bereits als durchgeführt angesehen werden könnte. Eine einseitige und selbständige Behandlung der Friedensfrage mit den Mittelmächten könne deshalb den Ukrainern nicht zugestanden werden.

Auch die Frage der Alandsinseln wurde von deutscher Seite angeschnitten, und der Vorschlag gemacht, sich an diesen Verhandlungen teilnehmen zu lassen. Bekanntlich sind die Alandsinseln zu Beginn dieses Krieges von den Russen widerrechtlich besetzt worden. Rußland war nämlich beim Abschluß des Krieges das Versprechen abgenommen worden, die Alandsinseln, deren Befestigung eine Bedrohung Schwedens bedeutet, niemals zu besetzen. Nun hat das unabhängige Finnland die Alandsinseln als in seinen Machtbereich gehörig erklärt, und es ist daher die Kompetenzfrage entstanden, wer über die Frage der Alandsinseln zu verhandeln Anspruch erhebt. Trozky hat sich die Antwort auf die von Deutschland gemachten Vorschläge vorbehalten. Im übrigen beantragte er die Verlegung der Verhandlungen auf 29. Januar, weil er aus innerpolitischen Gründen gezwungen sei, nach Petersburg zu reisen, womit die Unterhändler der Mittelmächte sich wohl oder übel einverstanden erklären mußten.

Im Innern Rußlands scheint das Chaos noch weiter zunehmen zu wollen. Die verfassunggebende Versammlung, die den Willen des gesamten russischen Volkes darstellen soll, hat nicht lange getagt. Sie wurde gesprengt, weil sie gegen die Art der Führung der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk protestierte, und weil sie begreiflicherweise die kommunistischen Maßnahmen der Maximalistenregierung nicht gutgeheißen hat. Was die derzeitige Regierung nun tun will,

darüber schwebt heute noch völliges Dunkel. Man spricht von einem Gegenjah zwischen Lenin und Trozky. Worin der allerdings bestehen soll, ist vorerst nicht klar, aber die Regierung hat auch andere Sorgen. Da sind die Ukrainer, die nun mit den Mittelmächten zu einer Verständigung gekommen sind, für die sie nur noch die Befestigung durch ihre Regierung einholen wollen. Wie sich denn die Beziehungen Rußlands mit den Ukrainern gestalten, wird man abwarten müssen. Mit Rumänien steht die russische Regierung ebenfalls auf sehr schlechtem Fuß. Es schwirren Alarmnachrichten von einer Verhaftung des Königs von Rumänien herum, von einer bevorstehenden russischen Kriegserklärung an Rumänien. Es scheint, daß die rumänische Regierung immer noch unter dem Druck der Entente, namentlich aber Englands und Americas, handelt und es ist deshalb begreiflich, daß die Russen die rumänischen Störungen endgültig beseitigen wollen. Bis jetzt ist aber ein Ueberblick über die Entwicklungsmöglichkeit der Verhältnisse im Osten noch nicht zu gewinnen.

O. S.

Verständigung mit der Ukraine.

(Brest-Litowsk, 20. Januar. (Ausführliche Fassung.) Die bisherigen Verhandlungen, die zwischen den Delegationen der Mittelmächte einerseits und der ukrainischen Volksrepublik andererseits geführt worden sind, haben das Ergebnis gezeitigt, daß über die Grundlagen eines abzuschließenden Friedensvertrages eine Einigung erzielt worden ist. Der Kriegszustand soll als beendet erklärt und der Entschluß der Parteien bekräftigt werden, fortan in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben. Die an der Front einander gegenüberliegenden Truppen sollen mit dem Friedensschluß zurückgezogen werden. Alle Beteiligten sind darüber einig, daß in dem Friedensvertrag für die sofortige Aufnahme eines geregelten wirtschaftlichen und rechtlichen Verkehrs Sorge zu tragen sein wird. Auch die diplomatischen und konsularischen Beziehungen sollen alsbald aufgenommen werden. Mit der Herstellung der wesentlichen Grundzüge des Friedensvertrages sind die Verhandlungen an einem Punkte angelangt, der es den Delegierten zur Pflicht macht, mit den heimischen verantwortlichen Stellen in Fühlung zu treten. Ein Teil der bevollmächtigten Vertreter sieht sich veranlaßt, diesen verantwortlichen Stellen persönlich über den Gang der bisherigen Verhandlungen Bericht zu erstatten und die Zustimmung zu dem Vereinbarten einzuholen. Alle Delegationen sind darüber einig, daß die dadurch notwendig werdende Ausfertigung der Verhandlungen so kurz als möglich bemessen sein soll. Sie haben sich daher zugesagt, sofort nach Brest-Litowsk zurückzukehren, und sind entschlossen, sodann im Rahmen der ihnen erteilten Ermächtigungen den Friedensvertrag abzuschließen und zu unterzeichnen. Damit ist es zum ersten Male in diesem die Welt erschütternden Kriege gelungen, die Grundlagen für die Herstellung des Friedenszustandes zu finden.

Fortsetzung der wirtschaftlichen Verhandlungen mit den Russen und Ukrainern.

(Brest-Litowsk, 19. Jan. Die deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftskommissionen haben heute mit den russischen und der ukrainischen Wirtschaftskommissionen Besprechungen abgehalten, die befriedigend verliefen. Die vertraulichen politischen Beratungen mit der ukrainischen Delegation wurden fortgesetzt.

Rußland und Rumänien.

Berlin, 19. Jan. Die „Nationalzeitung“ meldet aus Zürich: Wie aus Petersburg berichtet wird, hat die Bolschewiki-Regierung die rumänische Gesandtschaft aus Petersburg ausgewiesen.

Basel, 19. Jan. „Daily Mail“ meldet aus Petersburg, daß die Bolschewiki dem rumänischen Gesandten in Jassy Befehl gaben, seine Amtstätigkeit einzustellen und Jassy zu verlassen. — „Times“ melden aus Petersburg, daß die Banken der Hauptstadt den Befehl der Regierung

erhielten, rumänische Anweisungen nicht mehr auszuführen. Die Rumänen verlassen fluchtartig Petersburg. Die Intervention der Ententebotschafter ist von Lenin zurückgewiesen worden. (G.R.G.)

Basel, 19. Jan. Die „N. Nat.-Ztg.“ berichtet: Verschiedene Nachrichten aus Rußland besagen, daß die Zustände in Rumänien einem Chaos gleichen. Die Armeen teilen sich in eine monarchistische und revolutionäre Partei. Der König und das Königsschloß sind von einer starken Bande von Offizieren und Regierungstreuen umgeben, welche jedoch die bereits geschehene Gefangennahme des Königs nicht mehr zu verhindern vermochten. Die Soldaten desertieren massenhaft von der Front. Ueberall finden große Versammlungen zugunsten des Friedens statt. Der Druck der russischen Regierung auf Rumänien wird immer größer und die Lebensmittelnot trägt dazu bei, die Stellung des Landes zu verschlimmern.

Graf Czernin über den Stand der Friedensverhandlungen mit Rußland.

(Wien, 19. Jan. Der Vertreter des Wiener Korrespondenten hatte am 17. Januar eine Unterredung mit dem Grafen Czernin über den Stand der Friedensverhandlungen. Graf Czernin äußerte sich dabei folgendermaßen: Die Verhandlungen mit den Vertretern der Regierungen von Petersburg und Kiew sind in vollem Gang. Der Verlauf ist allerdings langwierig und schwierig. Ich halte und bürgere dafür, daß der Friede unsererseits nicht an Eroberungsabsichten scheitert. Ich nehme kein Wort zurück von dem, was ich als Friedensprogramm der Monarchie aufgestellt habe. Wir wollen nichts von Rußland, weder Gebietsabtretung noch Kriegsschadigungen, wir wollen nur ein auf freundschaftlicher, aufrichtiger Grundlage beruhendes Verhältnis, das von Dauer ist und auf gegenseitigem Vertrauen beruht.

Oesterreich-Ungarn und der Frieden.

(Wien, 19. Jan. Im Budgetausschuß erwiderte auf eine sozialdemokratische Anfrage wegen der Brest-Litowsker Friedensverhandlungen der Minister des Innern, Graf Loggenburg: Graf Czernin hat wirklich nichts anderes im Auge als zu einem Frieden zu kommen, der für Oesterreich-Ungarn annehmbar ist. Vielleicht niemand, auch aus der Partei der Sozialdemokraten nicht, will den Frieden aufrichtiger und wahrhaftiger, als Graf Czernin ihn zu erreichen strebt. Er wird die Friedensverhandlungen nicht scheitern lassen, sofern natürlich nicht ganz unmögliche Dinge als Forderungen an ihn herantreten. Aber diese ganz unmöglichen Dinge werden nicht an ihn herantreten, denn wir dürfen nicht vergessen, daß beide Teile den Frieden wollen. Verschleppungen von unserer Seite werden auch nicht eintreten, weil Graf Czernin genau weiß, daß ein möglichst rascher Abschluß des Friedens im Interesse Oesterreich-Ungarns gerade so wie Rußlands liegt. — Der Minister gab zum Schluß dem Wunsche Ausdruck, das Volk möge durch seine und seiner Presse Haltung den Gang der Verhandlungen nur in der Form beeinflussen, daß darin das Vertrauen, das die Unterhändler brauchen, auch zum Ausdruck komme.

Die Vorgänge in Rußland.

Auflösung der verfassunggebenden Versammlung in Petersburg.

(Petersburg, 19. Jan. Die Petersb. Tel.-Ag. meldet: Nachdem die verfassunggebende Versammlung nach einhalsständiger Beratung gegen die Erklärung des ausführenden Zentralkomitees abgestimmt hatte, entfernten sich die Bolschewiki. Die verfassunggebende Versammlung wollte nicht die Art und Weise billigen, in der die Friedensverhandlungen

von den Sowjets, die den Saal verlassen hatten, geführt wurden. Um 4 Uhr morgens wurde die Versammlung von Matrosen aufgelöst. Heute wird ein Erlass erscheinen über die Auflösung der verfassunggebenden Versammlung.

Das russische Maximalistenprogramm abgelehnt.

(WTB.) London, 21. Jan. Reuter meldet aus Petersburg vom 19. d. Mts.: In der konstituierenden Versammlung verlas Swerdlow die Erklärung der Arbeiterrechte. Diese verlangt, daß die russische Republik der Sowjets das Privateigentum abschafft und das Eigentum der Arbeiter an ihrer Arbeit und den Arbeitszwang einführt, daß die Arbeiter bewaffnet und die mühsigen Klassen entwaffnet werden, daß eine sozialistische Armee geschaffen und die Anleihen für ungültig erklärt werden. Die Erklärung schließt damit, daß die Macht ausschließlich den Arbeitern und Sowjets gehöre. Matrosen, mit Gewehr und Bajonett bewaffnet, standen in den Gängen und zwei Feldgeschütze waren am Eingang aufgestellt. Die konstituierende Versammlung beschloß mit 273 gegen 140 Stimmen, die Beratung der Erklärung der Arbeiterrechte zu vertagen. Daraufhin verließen die Bolschewiki und die linksstehenden Sozialrevolutionäre den Saal. Die zurückbleibenden Sozialrevolutionäre der Rechten nahmen trotz der Drohungen der bewaffneten Matrosen in aller Eile ihre Maßnahmen betreffend den Grund und Boden an, sowie den Vorschlag, an die Kriegsführenden Abordnungen zu schicken, um einen Weltfrieden herzustellen.

Kämpfe zwischen Maximalisten und Ukrainern in Odessa.

(WTB.) London, 19. Jan. Das Reutersche Bureau erfährt aus Petersburg: Den Abendblättern zufolge ist es in den Straßen von Odessa zwischen ukrainischen und maximalistischen Truppen zu einer richtigen Schlacht gekommen. Die Ukrainer halten die Theater und das Gebäude der Naba besetzt. Das Gewehrfeuer hat sich auf die ganze Stadt ausgebreitet. Ein Mitglied der Roten Garde wurde tödlich verwundet. Der Kreuzer Sinope und andere Schiffe sind in die See eingelaufen und haben das Feuer eröffnet.

Nichtigkeitsklärung der russischen Staatsanleihen.

(WTB.) Petersburg, 18. Jan. Der Rat der Volksbeauftragten hat (wie schon kurz nach Havas berichtet. D. Schriftl.) am 14. Januar den Entwurf eines Erlasses über die Nichtigkeitsklärung aller äußeren und inneren russischen Staatsanleihen vom 14. Dezember angenommen. Der Dezembereoupon der genannten Anleihen wird nicht bezahlt. Ebenso werden die Staatsgarantien für Einrichtungen und Unternehmungen aller Art, die von der alten Regierung gewährt wurden, für nichtig erklärt. Verbindlichkeiten mit kurzer Umlaufzeit und andere Schatzscheine bleiben in Kraft, doch werden die Zinsen dieser Werte unterdrückt, und die Papiere sollen wie Banknoten umlaufen. Inhaber innerer Anleihen in kleineren Beträgen, d. h. von weniger als 10 000 Rubeln, werden eine lebenslängliche Rente in der Höhe der bisher bezogenen Zinsen erhalten. Die Sparkassen werden von dem Erlass nicht berührt. Der Erlass wird von dem geschäftsführenden Ausschuss zur Genehmigung vorgelegt werden.

Reuteralarmmeldung bezüglich des russischen Ostens.

(WTB.) London, 21. Jan. (Reuter.) „Daily Mail“ meldet aus Tientsin vom 16. Januar: Der Telegraph in Wladiwostok und Charbin ist in den Händen der Bolschewiki. Mehrere Schiffe liegen bereit, um die Japaner in Sicherheit zu bringen, falls die Lage dies erfordern sollte. — Man möchte halt zu gern in London die Japaner auf die Russen hegen.

Hungernot in verschiedenen Provinzen Rußlands.

(WTB.) Stockholm, 21. Jan. Nach zuverlässigen Nachrichten aus Rußland herrscht in den Gouvernements Nowgorod, Kostroma, Wladimir, Smolensk, Moskau, besonders Orenburg und Turkestan, Hungernot. Der Volkskommissar für Verpflegungsangelegenheiten hat eine Verfügung gegen die Anarchie im Verkehrsweisen erlassen. Die Verpflegung der hungernden Provinzen und der Front sei bei dem jetzigen Zustand unmöglich. Die Rote Garde und revolutionäre Freiwillige sollen die Ordnung des Bahnverkehrs wiederherstellen.

Ein japanisches Kriegsschiff nach Wladiwostok.

(WTB.) Tokio, 18. Jan. (Reuter.) Das Marineministerium teilt mit: Ein Kriegsschiff ist nach Wladiwostok gesandt worden.

Rußland.

Der Krieg hat unseren Truppen reichlich Gelegenheit gegeben fremde Länder und Völker kennen zu lernen. Das geographische Interesse des Heeres und der Heimat ist durch den Aufenthalt des letzteren in Feindesland außerordentlich rege geworden. Unsere Feinde haben, abgesehen von dem vorübergehenden Einfall in Ostpreußen und der Besetzung eines verschwindend kleinen Stückchens vom Elsaß, deutschen Boden nicht besetzt, deutsches Land mit ihrer Kultur nicht überzogen, deutsche Wesen und deutsche Art aus eigener Anschauung nicht kennen lernen können. Wohl müssen in großen Men-

gen ihre Kriegsgefangenen sich jahrelang in Deutschland aufhalten; die unabwiesliche Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit steht indessen dem Kennenlernen des deutschen Volkes und Landes im Wege. Lediglich ein großer Teil der russischen Kriegsgefangenen ist durch die ihm in Anerkennung seiner friedfertigen Gesinnung eingeräumten größeren Bewegungsfreiheit bei seiner Beschäftigung in der deutschen Landwirtschaft und Industrie in die Lage gekommen, ein gutes Stück Deutschland kennen zu lernen. Die deutschen Tippen dagegen haben weite Gebiete Rußlands, des Balkans, einen großen Teil Frankreichs und ein Stück Italiens besetzt und in langer Besetzungsdauer Gelegenheit gehabt, Land und Leute kennen zu lernen.

Rußland spielt infolge des großen Umfangs des besetzten Gebietes in dem Interesse unseres Heeres und seiner Heimatsangehörigen eine große Rolle. Fast der größte Teil des Heeres ist, wenn auch nur vorübergehend, an der Ostfront gewesen. Für die Mehrzahl unseres Volkes war vor dem Kriege Rußland trotz seiner Nachbarhaft im wesentlichen ein unbekanntes Land. Wir lernten zwar in der Schule seine Grenzen, seine großen Städte, seine Ströme und Seen kennen, darüber hinaus kümmerte man sich wenig um das russische Reich. Von der Bodenbeschaffenheit, von den Bodenschätzen, von der Entwicklung seiner Landwirtschaft und Industrie, seines Bergbaues, seines Wald- und Forstwesens, der Nationalität seiner Bewohner, wußte der Durchschnittsdeutsche herzlich wenig. Durch den Krieg ist das Interesse der Allgemeinheit lebendig geworden. Die Friedensverhandlungen, die Erörterungen über die Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland erhöhten dieses Interesse.

Rußland ist ein reiches Land. Wenn auch der Krieg und die Finanzwirtschaft das Land in Schwierigkeiten gebracht haben mag, so werden diese nur von vorübergehender Bedeutung sein. Seine inneren Werte werden Rußland immer wieder aus finanziellen Beklemmungen herausheben.

Diese Werte sind seine Wälder, seine landwirtschaftliche Ertragsfähigkeit, sein Reichtum an Vieh, Wild und Fischen, seine Bodenschätze. Große Teile des russischen Reiches sind noch urwaldgleich mit ungepflegten und unkultivierten Forsten bedeckt. Keine Forstverwaltung sorgt für die Aufforstung, kein Fiskus für die Verwertung des Holzbestandes. Weite Entfernungen von Verkehrsstraßen behindern die rationelle Bewirtschaftung der Millionenwerte, welche Rußlands Wälder darstellen. Gleichwohl darf nicht verkannt werden, daß durch Gemeinden und Grundbesitzer bereits manches für die Bewirtschaftung und Verwertung der russischen Wälder geschehen ist.

An landwirtschaftlicher Ertragsfähigkeit nimmt Rußland eine der ersten Stellen, in Europa sogar die erste Stelle ein. Von der Erschütterung des russisch-japanischen Krieges und der ihm nachfolgenden Revolution erholten sich die russischen Finanzen in verhältnismäßig kurzer Zeit dank einiger ausgezeichneten Ernten, welche die Erträge seiner Getreideausfuhr äußerst günstig beeinflussten. Die Agrarreform des Jahres 1906 legte den Grundstein zur weiteren Hebung der landwirtschaftlichen Bedeutung Rußlands. Es würde zu weit führen, das Wesen der Agrarreform hier zu schildern, erwähnt sei nur, daß sie die Gebundenheit des Bauern innerhalb seiner Gemeinde und Familie beseitigte und so mit der früher erfolgten Aufhebung der Leibeigenschaft dem Bauernstand eine freie Entwicklung gewährleistete. In der hierdurch angebahnten Entwicklung wurde Rußland durch den Krieg aufgehalten, welchen die der Agrarreform feindlich gesinnten Panflavisten mit ihren revancheburigen französischen Freunden geschürt hatten.

Der Friede mit Deutschland wird hoffentlich Rußland recht bald in die Lage versetzen, die durch den Krieg unterbrochene Steigerung der Intensität seiner Landwirtschaft fortzusetzen. Der rege Warenaustausch zwischen Rußland und Deutschland, welcher vor dem Kriege die finanzielle Lage Rußlands so günstig beeinflusst hat, wird nach dem Kriege zum Nutzen beider Länder wieder einsehen.

An Bodenschätzen müssen im europäischen Rußland die Petroleumquellen, im asiatischen die Erzbergwerke genannt werden. Gerade die letzteren haben bisher nur einen verhältnismäßig geringen Teil des russischen Reichtums an Mineralien erschlossen. Große Gebiete harren noch der Zuangriffnahme.

So düstert die wirtschaftliche Erschließung Rußlands nach dem Frieden. Eine Hauptaufgabe der Friedensarbeit wird dem Bau und der Pflege von Verkehrsstraßen gelten müssen. Die Russen werden nicht mehr den Revanchegelüsten der Franzosen zu Liebe ihre Verkehrsstraßen nach Aufmarschzielen gegen Deutschland, sondern zum Nutzen der wirtschaftlichen Hebung des eigenen Landes einrichten. Der Beginn und Verlauf des Krieges wird ihnen gezeigt haben, daß Deutschland ein friedfertiges Land ist, das lediglich in der Verteidigung, nicht aber in einer aggressiven Politik seinen Weg gehen will.

Die Lage auf den Kriegsschauplätzen.

Die amtlichen deutschen Meldungen.

(WTB.) Großes Hauptquartier, 19. Jan. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz: Lebhaftere Artilleriekämpfe im Stellungsbogen nordöstlich von Ypern, auf dem Südufer der Scarpe und in der Gegend von Moenres. Auch an vielen Stellen der übrigen Front, namentlich zu beiden Seiten der Maas, war die Feuerfähigkeit gesteigert. Nördlich von Douaumont hielten Stoßtrupps Gefangene aus den französischen Linien.

Ostlicher Kriegsschauplatz: Nichts Neues. Mazedonische Front: Im Carnobogen lag unsere Höhenstellung nordöstlich von Paralovo tagsüber unter Artillerie- und Minenfeuer.

Italienische Front: Die Lage ist unverändert. Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

(WTB.) Großes Hauptquartier, 20. Jan. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz: Dinstag wurde von See her beschossen. Heftige Artilleriekämpfe dauerten im Stellungsbogen nordöstlich von Ypern bis tief in die Nacht hinein an. Zu beiden Seiten der Dys, am La Bassée-Kanal, sowie zwischen Lens und St. Quentin hat die Geschütztätigkeit zugenommen. Mit besonderer Stärke lag englisches Feuer tagsüber auf unseren Stellungen südlich von der Scarpe. Die französische Artillerie war nur in wenigen Abschnitten lebhaft. Feuersteigerung trat zeitweilig im Maasgebiet, sowie nördlich und südlich vom Rhein-Marnekanal ein.

Ostlicher Kriegsschauplatz: Nichts Neues. An der mazedonischen und an der italienischen Front ist die Lage unverändert.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Neutrale Betrachtungen über die Lage im Westen.

Frankfurt, 19. Jan. Die „Zeit. Btg.“ meldet aus Bern: In einer Pariser Meldung vom 17. Januar wurde ausgeführt, daß die Deutschen etwa 2½ Millionen Mann an der Westfront hätten, um die Offensive wieder aufzunehmen, daß diese Zahl aber dem Angreifer nicht die für den Erfolg notwendigen zahlenmäßige Ueberlegenheit sichere. Dazu schreibt der „Militärkritiker des „Vand“: Diese Meldung spiegelt nicht nur die völlige Umkehrung der strategischen Verhältnisse, sondern auch den Grundirrtum, der die Kriegsführung der Entente kennzeichnet, wieder, nämlich die mechanische Auffassung der Ueberlegenheit, ausgedrückt in der zahlenmäßigen Uebermacht an Menschen und Material. Tatsächlich haben die Deutschen im Westen, ebenso wie die Oesterreicher und Ungarn im Süden, stets in der Winderzahl geschlagen, und eine beschränkte numerische Ueberlegenheit nur zu gewisser Zeit unter bestimmten Gesichtspunkten und an besonders entscheidend gedachten Punkten entfaltet. Wenn daher heute von 2½ Millionen Kämpfern auf deutscher Seite gesprochen und beigefügt wird, daß diese Zahl die für den Erfolg notwendige numerische Ueberlegenheit nicht sichere, so wird damit über das Stärkeverhältnis und die Erfolgsmöglichkeit nicht das geringste ausgesagt. Erwählt der Angreifer die rechte Stelle, tritt er dort mit Uebermacht auf und steigert er die technische Vorbereitung der Offensive durch Verwendung neuer furchtbarer artilleristischer Kampfmittel, indem er zu der Gewalt des Todes lähmende Ueberraschungen fügt und seine Reserven in völliger Beherrschung der Verbindungslinien rechtzeitig heranzieht, um im Vertrauen auf die Operationsfähigkeit von Führung und Unterführung und auf die Durchbildung der Truppen im Bewegungskrieg auf Ganze zu gehen, so wird der Erfolg auf andere Weise bestimmt, als dies durch eine zahlenmäßige Erschließung und Vergleichung her an der Front stehenden Armeen möglich ist. Eines ist klar, die strategische Ueberlegenheit und die operative Freiheit sind in einem Maße auf Seiten der Zentralmächte, wie das seit den ersten Kriegstagen noch nicht der Fall war. Klar ist ferner, daß die Wiederaufnahme des Krieges im Westen in Gestalt eines entscheidend gedachten Zusammenstoßes ungeheure Opfer kosten würde. Gegen die Darbringung dieses Opfers streibt sich jedes menschliche Gefühl, auch das politische Urteil wird die Opferung unerlebblicher Kräfte schauernd ins Auge fassen. Es kommt daher alles darauf an, ob und wie die Frist, die uns von der Aufnahme des ganzen Feldzugs im Westen trennt, von allen Seiten benutzt wird, um zum allgemeinen Frieden zu gelangen.

Aus dem feindlichen Lager.

Lloyd George begründet die Erhöhung der Truppenzahl.

(WTB.) London, 9. Jan. Reuter meldet: Bei der gestrigen Beratung der Delegierten der Trade-Unions, die abgehalten wurde, um die Vorschläge der Regierung in der Frage der Truppenbesätze zu prüfen, hielt der Premierminister Lloyd George eine Rede an die Kongreßteilnehmer, in der er mit Bezug auf die Kriegsziele folgendes ausführte: Die Alternative, vor der wir stehen, ist folgende: Um die nötigen Mannschaftebestände zu erhalten, gibt es kein anderes Mittel, als die Grenze des Militärdienstpflichtalters auf 55 Jahre zu erhöhen, wie dies bereits in Oesterreich geschehen ist, oder die Verantwortung wieder in die Feuerlinie zu schieben. Wenn wir nicht imstande sind, die deutsche Armee zu besiegen, wird es nicht mög-

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung über die Eierabfuhrung im Jahre 1918.

1. Gemäß §§ 1 und 2 der Min.-Verf. vom 27. Febr. 1917 über die Eierabfuhrung (Staatsanzeiger Nr. 49) und der in Ausführung dieser Vorschriften erfolgten Anordnungen der Landesversorgungsstelle wird bestimmt:

1. Die Geflügelhalter haben sämtliche in ihrem Betriebe erzeugten Eier von Hühnern, Gänsen und Enten, die sie nicht in ihrem eigenen Haushalt verwenden, an die Gemeindefammlstellen abzuliefern. Dies gilt auch von Eiern von solchen Tieren, die der Geflügelhalter in seinem Betriebe ganz oder teilweise auf fremde Kosten füttert, gleichgültig, ob diese Tiere im Eigentum des Geflügelhalters stehen oder nicht.

Ein Abgabe von Eiern an andere Personen oder Stellen als die Gemeindefammlstelle ist, auch geschenktweise, nicht gestattet.

2. Bei der Berechnung der Mindestzahl von Eiern, die jeder Geflügelhalter abzuliefern hat, der Lieferungsschuldigkeit, bleibt eine Henne auf den Kopf eines jeden Haushaltungsmitgliedes des Geflügelhalters außer Anrechnung. Für jede überschüssige Henne sind im Jahre 50 Eier abzuliefern.

3. Die Geflügelhalter sind verpflichtet, die ihnen aufgegebenen Lieferung in frischen Eiern von guter Beschaffenheit auszuführen.

4. Das Ablieferungsjahr erstreckt sich auf die 52 Wochen vom 31. Dezember 1917 bis 29. Dezember 1918. Im Laufe dieses Zeitraums sollen für jede Henne, die bei der Berechnung der Lieferungsschuldigkeit in Betracht kommt, im Einzelnen abgegeben werden:

bis 3. März	7 Eier
" 31. März	weitere 7 "
" 5. Mai	" 15 "
" 2. Juni	" 12 "
" 21. Juli	" 9 "

5. Die Geflügelhalter sind berechtigt, die abzuliefernden Eiermengen schon zu einem früheren Zeitpunkt ganz oder teilweise abzuliefern.

6. Geflügelhalter, die zu den in Ziffer 4 bezeichneten Zeitpunkten wesentlich hinter ihrer Lieferungspflicht zurückgeblieben sind, haben, abgesehen von der etwaigen Bestrafung, die Vorenthaltung anderer Bedarfsgegenstände zu gewärtigen.

II. Die Herren Ortsvorsteher wollen vorstehendes ortsüblich bekanntmachen lassen und werden zwecks Feststellung der Lieferungsschuldigkeit der einzelnen Gemeinden ersucht, alsbald die Anzahl der Hähne, die sich unter den auf 1. Dez. 1917 festgestellten Geflügelbeständen befinden, sowie die Zahl der Selbstversorger samt deren Haushaltungsmitgliedern dem Oberamt mitzuteilen; außerdem ist die Zahl der Geflügelhalter anzugeben.

Calw, den 18. Januar 1918.

R. Oberamt: Binder.

lich sein, unsere durchaus vernünftigen und gemäßigten Friedensbedingungen durchzuführen, die kürzlich vor den Trade Unions verkündet wurden. Niemals werden die deutschen Nachbarn geneigt sein, auch nur die mildesten Friedensbedingungen anzunehmen, die irgend ein pazifistischer Redner unseres Landes aufstellte, wenn wir sie nicht dazu zwingen können. Der Redner erinnerte an die Formulierung der Kriegsziele, wie sie von ihm namens der Regierung und kurz darauf auch von Wilson dargelegt wurden, und erklärte ferner, wie diese beiden Kundgebungen in Deutschland aufgenommen wurden. Wenn die Entente aber, fuhr Lloyd George fort, nicht imstande ist, den heutigen Nachbarn in Deutschland die Spitze zu bieten, so werden diese morgen die ganze Welt beherrschen. Die englische und die französische, überhaupt die europäische Demokratie wird der Gnade einer grausamen Militärdiktatur ausgeliefert sein, wie sie die Welt nur je gesehen hat. Die Deutschen werden Belgien niemals räumen, wenn sie nicht dazu gezwungen werden. Zum Schluss erklärte der Premierminister: Wenn jemand an meiner Stelle ein ehrenhaftes und annehmbares Mittel zu finden imstande ist, um ohne Kampf aus diesem Konflikt herauszukommen, so beschwöre ich Sie im Namen Gottes, mir dieses Mittel zu nennen. Meiner Ansicht nach gibt es nur eine Alternative: Entweder sehen wir den Kampf fort oder wir unterliegen.

Das englische Hilfsdienstgesetz.

(W.B.) London, 19. Jan. (Reuter.) Hayes Fisher beantragte im Unterhaus die zweite Lesung des Zulagegesetzes über die nationale Registrierung und erklärte, diese Maßnahme bezwecke das nationale Hilfsdienstgesetz zeitgemäß auszugestalten. Das ursprüngliche Gesetz habe die Eintragung von denen nicht vorgesehen, die nach dem 5. August 1915 15 Jahre alt wurden, und man schätze, daß heute 750 000 junge Leute zwischen 15 und 17½ Jahren vorhanden seien. Es sei nicht beabsichtigt, junge Leute unter 19 Jahren an die Front zu schicken, aber sie seien unverkennbar für industrielle Zwecke nützlich. Es werde auch vorgeschlagen, die Angehörigen der Flotten- und militärischen Streitkräfte in Listen einzutragen, die, wenn auch zu weiterem Kampfe untauglich, doch für irgendwelche industrielle Beschäftigung fähig seien und eine solche wünschten. Es sei kein neuer Grundsatz in dem Gesetz enthalten.

Erörterung des Vorschlags für eine Verfassung Indiens.

Berlin, 21. Jan. Aus Basel wird dem „Berliner Lokalanzeiger“ mitgeteilt: Schweizerische Blätter melden aus London: Nach einer Reuterdepesche aus Delhi werden Lord Chelmsford, Vizekönig von Indien, und Montagu, Staatssekretär für Indien, am 21. Januar zusammenkommen, um den Vorschlag für eine Verfassung des indischen Reichs zu erörtern. Diese Besprechungen werden eine Woche dauern. Die Gouverneure von Bombay, Madras und Bengalen, sowie alle Provinzialverwalter werden den Beratungen beiwohnen. — Wenn die Schaffung einer Verfassung für Indien auf sich warten läßt, wie diejenige Irlands, dann können die Indier das Warten lernen.

Die Angst vor dem griechischen König.

London, 19. Jan. Im Unterhaus fragte Lynch an, ob die Regierung wisse, daß König Konstantin von Griechenland sich in der Schweiz aufhalte und von einer Gruppe deutscher, überaus tätiger Propagandisten umgeben sei, darunter von Theodoris, dem ehemaligen griechischen Gesandten in Berlin, und daß diese Gruppe in ständiger Verbindung stehe mit dem Fürsten Bülow und dem Fürsten Hohenlohe. Ferner fragte Lynch an, welche Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedenke, um diese Treibereien zu durchkreuzen. (!) Balfour antwortete, seine Informationen stimmten im allgemeinen mit

den Erklärungen des Abgeordneten überein und die Regierung treffe alle in ihrer Macht stehenden Maßnahmen, um diese Propaganda zu hintertreiben.

Bermischte Nachrichten.

Gegen falsche Gerüchte.

(W.B.) Berlin, 20. Jan. In der süddeutschen Presse findet sich die Nachricht, daß Deutschland nicht nur an die Schweiz, sondern auch an Italien Kohlen liefere und daß insbesondere die in der Schweiz aus Deutschland eingetrossenen Kohlenladungen nach Italien umgeladen würden. Diese Mitteilung ist falsch. Daß Deutschland nach Italien keine Kohlen liefert, ist selbstverständlich. Dafür, daß nach der Schweiz gelieferte Kohlen nicht nach Italien weiter gehen, ist wohl bewährte Versorgung getroffen.

In geistiger Verwirrung.

(W.B.) Selb (Oberfranken), 19. Jan. Der im Urlaub befindliche Landwehmann Michael Gräg, Eisenhändler, hat in geistiger Verwirrung versucht, mit einer Axt seine Ehefrau, seine im Alter von 16 und 12 Jahren stehenden Mädchen und seinen 6jährigen Knaben zu erschlagen. Die Verletzten wurden ins Krankenhaus gebracht. Das jüngste Mädchen und der Knabe sind bereits gestorben. Der Täter, der als ein solider Geschäftsmann geschildert wird, ist flüchtig.

Geheimdiplomatie.

Die Veröffentlichungen der Geheimdokumente aus russischen Staatsarchiven hat einen Sturm der Entrüstung im Lager der Westmächte hervorgerufen. Man versteht ihre Erregung erst, wenn man sich vergegenwärtigt, daß es eben diesen Mächten — anders als einst — jetzt an einem wirklich großen Staatsmann fehlt, der unter allen Umständen von seinen eigenen Taten schreiben kann: „Ich habe niemandes Zustimmung zur Veröffentlichung aller jener politischen Handlungen nötig, an denen ich mitgewirkt habe. Ich bestreite daher die Notwendigkeit einer Zustimmung, die du garnicht das Recht hast, zu erteilen... Parlamentarische Regierungen haben keine Geheimnisse, da sie verantwortlich sind. Wahrung des Geheimnisses verlangen nur diejenigen, die ihre Pflicht nicht getan haben und die daher den Tadel der öffentlichen Meinung fürchten...“ Solchermaßen schrieb der größte Staatsmann des geeinigten Königreichs Italien, Francesco Crispi, vor nunmehr 40 Jahren an den damaligen Ministerpräsidenten Agostino Depretis, als dieser ihn durch einen Appell an seine Vaterlandsliebe davon abzubringen trachtete, den Bericht über eine geheime Mission vom Jahre 1877 ohne Zustimmung der Regierung zu veröffentlichen. Der Zweck dieser Reise, die Crispi über Paris nach Deutschland, England und Oesterreich-Ungarn geführt hatte, war gewesen, Führer auszustrecken, ob nicht das junge Italien sich an die großen Nachbarn anlehnen könnte. Wozu lehten Endes diese Politik geführt hat, darüber konnte später ein Neutraler folgendermaßen urteilen: „Der von Deutschland geleitete Dreibund hat uns 30 Friedensjahre in Europa beschert“; wogegen er meinte: „Die neue französisch-englisch-russische Tripleentente würde kein Ersatz sein, sondern im Gegenteil eine Ursache dauernder Beunruhigung.“ Ähnlich wie hier der belgische Gesandte in Berlin, Baron Greindl, am 23. September 1905 (auch in einem Geheimbericht) an den Außenminister geschrieben hat, urteilten gleichzeitig und später auch andere Diplomaten, die Belgien im Ausland vertraten. Der rein defensiver Charakter des Dreibundes, der aller Welt offenkundig gewesen ist, hat Italien dreieinhalb Jahrzehnte des Friedens geschenkt. Wohin dagegen die Geheimdiplomatie Italien geführt hat, das beginnt es erst nach zweieinhalb Kriegsjahren zu begreifen. Wenn wirklich die Westmächte für das Selbstbestimmungs-

recht der Völker eintreten wollen, dann mögen sie dieses Recht nicht nur in der inneren, sondern auch in der äußeren Politik sich betätigen lassen. Nur die schon seit Jahren durch die Geheimdiplomatie einzelner Staatsmänner auf Irrwege geleitete Außenpolitik hat Italien vor zweieinhalb Jahren gegen den Willen der Mehrheit des Volkes in einen verhängnisvollen Krieg gestürzt.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 21. Januar 1918.

Kriegsauszeichnung.

Gefreiter Christian Weil aus Althengstett, Fahrer in einem Landwehr-Inf.-Reg., hat die Silberne Verdienstmedaille erhalten.

Das Eisene Kreuz.

Vizewachtmeister Christian Zahn von Calw hat nun zur Silbernen Verdienstmedaille das Eisene Kreuz 2. Klasse erhalten.

Kriegsverluste des Oberamts Calw.

Aus der württembergischen Berufsliste Nr. 631.
Belz, Karl, 2. 5., Calw, l. verw. — Gengenbach, Emil, 26. 5., Unterreichenbach, l. verw. — Haisch, Karl, 29. 3., l. verw. — Koch, Hermann, 25. 11., Wildberg N.N. Nagold, Schw. verw. — Kübler, Gottlieb, 30. 7., Breitenberg, Schw. verw. — Kühn, Eugen, Gestr., 21. 3., Sulz N.N. Nagold, verl. b. d. Fr. — Sautter, Robert, Ulffz., 13. 4., Calw, bisher verm. (V.-L. 462) gef. — Schable, Karl, 23. 4., Geshingen, Schw. verw. — Schulz, Georg, Ulffz., 6. 11., Calw, bisher verm. (V.-L. 297), gerichtl. für tot erklärt. — Unmacht, Johann, Gestr., 29. 7., Javelstein, bisher verm. (V.-L. 520), gef. — Wackenhut, Eugen, 18. 2., Calw, l. verw.

Beihilfen an die Eisenbahnarbeiter.

Die unter Wegfall ihres heimischen Lohnes zu den Zivilformationen des Feld-Eisenbahnwesens (Eisenbahnkolonnen usw. in besetzten Gebieten) abgeordneten Arbeiter und Hilfsunterbeamten der Verkehrsanstalten erhalten mit Wirkung vom 1. Dezember 1917 an Beihilfen zum Unterhalt ihrer Angehörigen aus Mitteln des Staates. Diese Beihilfen betragen, wie im Amtsblatt der Würt. Verkehrsanstalten bekannt gegeben ist, für jedes Kind eines verheirateten, verwitweten oder geschiedenen Arbeiters oder Hilfsunterbeamten der Verkehrsanstalten unter 15 Jahren 6 vom Hundert, beim Vorhandensein nur eines solchen Kindes aber 10 v. H., und für alle Kinder einer Familie zusammen höchstens 25 v. H. des nach den Grundsätzen für die Gewährung von Familienbeihilfen für die zum Kriegsdienst einberufenen Arbeiter usw. berechneten heimischen Lohns des Arbeiters oder Hilfsunterbeamten. Für planmäßig angestellte Unterbeamte, sowie für Beamte, die bei Kolonnen usw. stehen, können zur Ausgleichung der durch die Nichtgewährung der Kriegsteuerzulagen etwa verursachten Härten auf Ansuchen entsprechende Zusendungen angewiesen werden.

Bersammlung der Deutschen Vaterlandspartei.

Am Freitag abend hielt der im November vorigen Jahres ins Leben gerufene Bezirksverein der Deutschen Vaterlandspartei seine erste Vollversammlung im „Waldborn“ unter Leitung von Rektor Dr. Knobel ab. Der Vorsitzende begrüßte die außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung mit herzlichen Worten und erklärte, daß die D. V. P., die besser den Namen eines deutschen Friedensbundes führen sollte, jeden aggressiven Charakter gegen andere Parteien ausschleße, da ja alle Parteien das Wohl und den Schutz des Vaterlandes erstreben. Man sollte daher meinen, von allen

Gendet das Calwer Tagblatt den Angehörigen ins Feld!

Seiten würde ein guter deutscher Frieden angestrebt werden. Das sei aber leider nicht der Fall, denn der gute deutsche Michel verleihe nicht, die Früchte als Sieger einzuharsten; ja es gebe sogar dunkle Hintermänner, denen eine Niederlage Deutschlands nicht unangelegen käme. Phrasenhelden wollen nicht glauben, daß uns der berechnende Engländer niederringen wolle, aber den Worten eines Wilsons vertrauen sie. Deshalb wolle die D. B. P. das deutsche Volk aufrütteln und ihm sagen: Deutschland, wach' auf, deine Schicksalsstunde ist gekommen!

Der Hauptredner des Abends, Pfarrer Kull (Wolfsenhausen), sprach in kernigen und lebhaften Ausführungen über den „Erfst der Stunde“. Der Redner erinnerte an die herrliche Zeit der Neugründung des deutschen Kaiserreiches vor 47 Jahren, wo im stolzen Schloß zu Versailles die mächtige Sehnsucht der deutschen Dichter und Patrioten nach einem einigen Deutschen Reich erfüllt worden sei; die alte deutsche Herrlichkeit sei wieder ins Leben getreten. Dieses von dem Volkshelden Bismarck neu errichtete Reich habe bisher gehalten, was unsere Väter erhofft haben und in diesem Krieg habe es die Probe glänzend bestanden. Das Volk habe die schwersten Aufgaben übernommen und gelbt und trotz aller Absehnung vom Weltmarkt sei das Reich nicht zerfallen. Gewaltige Stürme umtoben den Bau von außen und innen und die Zukunft Deutschlands müsse sich jetzt entscheiden. Gefährliche Stunden habe unser Volk durchgemacht und große Sorgen durchgittert Deutschland, als unsere Heere durch den Verrat unseres früheren Bundesgenossen Italien an der Marne Halt machen mußten, als es England gelang, die ganze Welt gegen uns aufzuwecken und als die Oesterreicher wiederholt vor den Russen flohen und ein schönes Grenzland nach dem andern aufgaben. Da aber sei Hindenburg aufgestanden und seiner Tapferkeit und Führung habe sich ganz Deutschland anvertraut. Heute stehen wir militärisch glänzend da und trotzdem herrsche bei uns ein Gefühl der Entmutigung und der Niedergedrücktheit. Es gebe in unserem Vaterlande Leute, die des deutschen Namens nicht würdig seien, wieder andere, die mit politischen Schlagwörtern die gute Stimmung untergraben und einen sogenannten Verständigungsfrieden mit allen Mitteln herbeiführen wollen in der Hoffnung, daß dieser Krieg mit einer großen Weltverbrüderung endigen werde. Vergessen sei dabei Frankreichs Rachegefühl, Russlands Erdbebenwahn und Englands Vernichtungswille. Auf die Phrasenoffensive der Feinde sei niemand in der Welt hereingefallen als wir, selbst Trost nicht. In Prest-Litowsk habe man den Beratungen statt Tatsachen Phrasen zugrunde gelegt und es sei deshalb für unsere Unterhändler äußerst schwer, etwas Gutes herauszuschlagen; dieser gefährliche Boden hätte nie betreten werden sollen. Im Westen stehe voranschreitend in nächster Zeit die Entscheidung bevor; der äußere Feind sei dabei nicht zu fürchten, wohl aber unser eigenes Volk; denn man dürfe nicht vergessen, daß alle Parteien nach ihren Ansichten es mit dem Vaterland gut meinen und eine Verständigung über den einzuschlagenden Weg sei deshalb sehr schwer. Die D. B. P. kämpfe nun für einen guten deutschen Frieden, sie stehe in starrer Opposition gegen die Volksvertretung und gegen die Regierung. Der Reichstag habe durch seine Friedensresolution, die aus Angst vor der glücklichen Beendigung des Krieges und aus alzu großem Vertrauen gegen das Ausland herausgewachsen sei, eine fürchterliche Beunruhigung im Volk hervorgerufen; diese Haltung des Reichstags sei, wie sich jetzt nach einem halben Jahr klar herausgestellt habe, überaus schädlich für den Frieden gewesen. Dazu komme noch, daß diese Friedensresolution perquirit gewesen sei mit inneren politischen Fragen, und zwar in dem Maße, daß die Bewilligung der Kriegskredite von der Lösung des preussischen Wahlrechts abhängig gemacht worden sei. Dieser Vorgang sei außerordentlich zu bedauern; denn das preussische Wahlrecht, das einer Reform allerdings sehr bedürftig sei, hätte auch noch nach dem Krieg geändert werden können. Warum nun diese Eile? Es gebe eben Leute, die dem Erklämer Wilson mehr Glauben schenken, als unserm Kaiser

und die es für das Wichtigste halten, um Gnade und Wohlgefallen beim Ausland zu betteln. Aber auch die Regierung habe große Fehler gemacht, sie lasse jede Spur von eigenen deutschen Leistungen vermissen; ihre Haltung bei den Friedensphrasen sei überaus schwächlich gewesen. Ob die Regierung aus Angst oder freiwillig so gehandelt habe, sei gleich bedenklich. In diese traurigen Verhältnisse habe die D. B. P. eingegriffen und alle Vorwürfe der Streberei und der Unterfützung der Schwerindustrie seien völlig grundlos. Die Partei erstrebe allein einen guten Frieden, bei dem wir mindestens äußerlich bleiben, was wir waren, bei dem wir neben der Ehre aber auch Macht und eine vorteilhafte wirtschaftliche Stellung erlangen. Deutschland bekomme eine ungeheure Schuldenlast und es sei unsere einzige Rettung aus unserer fatalen Lage, wenn unser Wirtschaftsleben bald wieder gehoben werde und daher bedinge ein guter Friede notwendig Wacherweiterung, also Arbeit und Arbeitswert. Der frühere Zustand vor dem Krieg könne an und für sich allein nicht wiederhergestellt werden. Die Aufforderung des Redners zum Zusammenschluß aller derer, die das Vaterland lieben und einen dauerhaften, guten deutschen Frieden erstreben, fand reichen Beifall, besonders auch dadurch, daß eine große Zahl der Anwesenden der Vaterlandspartei beitrug.

Rektor Dr. K n o b e l dankte dem Redner für seine ersten inhaltsreichen Worte und schlug folgende Entschliebung vor: Versammelt zu vaterländischer Feier im Anschluß an den Gedenktag der Reichsgründung sprechen wir die bestimmte Erwartung aus, es werde bei jeder die deutschen Lebensnotwendigkeiten berührenden Entscheidung über Krieg und Frieden eine Uebereinstimmung der Reichsgewalten herbeigeführt werden und dabei das volle Gewicht der Laten Hindenburgs und Ludendorffs und ihrer Vertrauensstellung im deutschen Volke zur Geltung kommen.

Die Resolution, die dem Reichstag, dem Reichsanzler und dem Reichstagsabgeordneten für den 7. württembergischen Wahlkreis übermittelte werden soll, fand einstimmige Annahme. An der sich anschließenden lebhaften Debatte beteiligten sich außer dem Vorsitzenden und dem Hauptredner noch Medizinalrat Dr. Müller und Sägewerksbesitzer Wagner (Ernstmühl). Oberamtspfleger F e c h t e r gab hierauf noch einige geschäftliche Mitteilungen, aus denen zu entnehmen war, daß die Partei ohne irgend eine Verbearbeitung bereits 342 Mitglieder zähle. Die Beitrittserklärungen am Abend werden die Zahl auf etwa 400 gebracht haben. An diese Mitteilungen schloß sich die Konstituierung der Parteien. Zum Vorstand wurde durch allseitigen Zuzustimmung der Reichstagsabgeordnete Dr. K n o b e l gewählt. Die Wahl der Ausschussmitglieder geschah nach dem Vorschlag der seitherigen Parteileitung. Nach dem allgemeinen Gesang „Deutschland, Deutschland über alles“ schloß der Vorsitzende die reiche Eindrücke hinterlassene, sehr schön verlaufene Versammlung mit dem Wunsch auf einen baldigen ehrenvollen Frieden.

Zur Stilllegung von Betrieben.

Der Ausschuß des Reichstags für Handel und Gewerbe hat sich in der Frage der Stilllegung von Betrieben auf einen Antrag geeinigt, nach welchem die unmittelbare Stilllegung und Zusammenlegung lediglich vom Reichswirtschaftsamt als Zentralstelle nach Anhörung der Landeszentralbehörden und nur bei dringender Kriegsnotwendigkeit zu verfügen ist. Dabei dürfen unter anderem Kleinbetriebe gegenüber den Großbetrieben möglichst nicht benachteiligt werden. Auch sollen Beschwerdeinstanzen für unmittelbare und mittelbare Stilllegungen und Zusammenlegungen geschaffen werden. Für die Uebergangszeit werden dann Maßnahmen verlangt, um den im Krieg stillgelegten Betrieben tunlichst bald wieder aufzuhelfen. Unterstaatssekretär Dr. Göppert sprach sich im allgemeinen für den Antrag aus. Es sei aber unmöglich, die Stilllegung einzelner Betriebe vom Reichswirtschaftsamt aus zu vollziehen, da hier die

örtlichen Verhältnisse nicht zu übersehen seien. Ob die Verteilung der Stoffe nach dem Krieg in der gewünschten Weise erfolgen könne, stehe noch nicht fest, es werde aber mit Nachdruck und Ernst dahin gearbeitet, die stillgelegten Betriebe nach dem Krieg baldmöglichst wieder in Gang zu bringen. Der Redner wandte sich gegen die verlangten Beschwerdeinstanzen, zumal bereits heute eine Reihe von Reichsstellen und die Stellen der Landesverwaltungen als Beschwerdeinstanzen in Frage kämen.

Nagold, 19. Jan. Das Amtsblatt des Bezirks Nagold, der „Gesellschafter“, bringt folgende Anzeige, die die Papiernot der Zeitungen kennzeichnet: Infolge Kohlenmangels stehen zur Zeit in Deutschland 37 Papierfabriken still, hierunter zählt auch diejenige, von welcher wir unser Zeitungsdruckpapier beziehen. Da es uns infolgedessen in den nächsten 14 Tagen unmöglich sein wird, von irgend einer Seite Papier zu erhalten, unser Vorrat aber nur noch für etwa 8 Tage reicht, sind wir gezwungen, um den geringen Papierbestand etwas zu strecken, unsere Zeitung bis auf weiteres abwechselnd nur noch zweiseitig erscheinen zu lassen. Wir hoffen, daß die Kamalität möglichst bald behoben wird und bitten unsere Abonnenten um gültige Rücksicht. Schriftleitung und Verlag des „Gesellschafter“.

Stuttgart, 20. Jan. Die von der Vaterlandspartei gestern im Stadtpark veranstaltete Versammlung ist durch radikale Kreise gestört worden, sodaß sich der Vorsitzende veranlaßt sah, die Versammlung aufzulösen. Nachdem die Anwesenden der Aufforderung nicht entsprochen hatten, wurde die Räumung des Saales durch die Polizeidirektion verfügt.

Leonberg, 20. Jan. Das Schloß Obermünshausen, am Rand des Hagenschieß, etwa 10 Minuten von Münsheim auf einer Anhöhe gelegen, ist abgebrannt. Das Bauwesen mußte wegen gänzlichen Wassermangels zunächst als vollständig verloren angesehen werden. Schon hatten der nördliche Hauptbau, sowie der Uebergangsbau zum westlichen Hauptbau an verschiedenen Stellen Feuer gefangen. Zuerst versuchte man mit Schnee zu löschen, nicht ohne Erfolg; endlich fand sich in zwei Zisternen Wasser. Dadurch konnten der nördliche Hauptbau und der Uebergangsbau zum westlichen Teil des Schlosses gerettet werden. Der westliche Hauptbau, sowie der sich nach Süden hinziehende große Speicher, der schönste Teil des Schlosses, brannten nieder. Hier befanden sich auch die schönsten Zimmer und wertvollsten Möbel. Dieser Teil des Schlosses war seit dem Tode der Freiin von Phulst-Rieppur nicht mehr bewohnt. Die abgebrannten Gebäude bedeckten eine Fläche von 800 Quadratmeter und hatten eine Höhe bis zu 25 Meter. Heute sieht man bis zu 2 Meter dicke ausgebrannte Ruinen. Außer den Hühnern verbrannte kein lebendes Inventar.

Für die Schriftl. verantwortlich, Otto Seltmann, Calw Druck u. Verlag der A. Döschläger'schen Buchdruckerei Calw

Landw. Bezirksverein Calw.

Ausdehnung d. Flachs- u. Hanf-Anbaus im Jahr 1918 eine militärische und nationale Notwendigkeit.

Die Vereinsmitglieder werden im Interesse unserer Heeres- und Volksversorgung ersucht, auch fernerhin dem Flachs- und Hanfanbau ihre Unterstützung und Förderung, angeben zu lassen.

Auskunft und Belehrung erhält auf Wunsch jeder Flachs- und Hanfbauer von der Kriegs-Flachsbau-Gesellschaft m. b. H. (Oekonomierat Schmidberger) in Gmünd. Calw, den 19. Jan. 1918.

Vereinsvorstand: Reg.-Rat B i n d e r.

Hirsau, den 21. Januar 1918.

Todes-Anzeige.

Verwandten und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unser lieber Sohn u. herzensguter Bruder



Otto,

zuletzt bei einem Maschinengewehr-Ausbildungs-Kommando,

in einem Lager-Lazarett am 11. d. Mts. infolge kurzer Krankheit im Alter von 19 Jahren gestorben ist.

Familie Joh. Brion.

Auf 1. Februar oder später
suche
ich ein braves tüchtiges

Mädchen

das womöglich schon gedient hat.
Lohnansprüche sind anzugeben.

Frau Pfarrer Traub,
Suchenfeld bei Pforzheim.

Verkaufe 200 Liter guten

Obst = Most,

sowie eine

ältere Bettlade
u. einige Bilder.

Johann Georg Kentschler,
Erstmühl.

Auf 1. April

2 - 3 - Zimmer-

Wohnung

zu mieten gesucht.

Von wem, sagt die Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

Stammheim.

Ein Paar starke

Schafftiere

sowie einen Eimer

alten sauren Most

zu Essig, d. Liter zu 12 Pfg., verkauft

Johann Strinz an der
Gehinger Steige.

Vorzügliches

Lederfett,
Huffett,
Wagenfett,

empfiehlt

R. Hauber.

Obere Marktstr. 36.

J. Kölle

Kabinett für Zahnbehandlung
und Zahnersatz

Calw

Empfangsstunden Werktags
von 9-12 und 2-5 Uhr.

Obere Marktstr. 36.